

Kreistag in Sachen Bahnlärm einig

Gemeinsamer Antrag einstimmig beschlossen

RHEINGAU-TAUNUS (bad). Der Kreistag spricht in Sachen Bahnlärm mit einer Zunge. Einstimmig haben die Fraktionen einen gemeinsamen Antrag beschlossen, indem sie den Kreis Ausschuss, die hessische Landesregierung und das Bundesverkehrsministerium auffordern, sich für eine Alternativstrecke für den Güterverkehr einzusetzen, um das Mittelrheintal zu entlasten. Außerdem fordert der Kreistag weitere kurzfristige Schallschutzmaßnahmen.

Wie berichtet, ist die alternative Trasse für eine Neubaustrecke von Troisdorf nach Mainz-Bischofsheim auch nachträglich nicht in den „Vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans 2030 aufgenommen worden. Das Bundesverkehrsministerium hatte das damit begründet, dass die hohen Investitionskosten eine Neubaustrecke aktuell noch nicht rechtfertigen.

Ursprünglich gab es für die Kreistagssitzung zwei Anträge mit dem Ziel, eine alternative Trasse für den Güterverkehr im Mittelrheintal doch noch in den „Vordringlichen Bedarf“ zu bekommen, einen von den Linken und einen von der AfD.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hatten sich die Fraktionen dann darauf verständigt, einen gemeinsamen

Antrag aller Fraktionen auszuformulieren. Dies geschah unter der Federführung von Klaus-Peter Güttler (SPD). Der gemeinsame Antrag wurde in der Kreistagssitzung schließlich in zwei Punkten ergänzt.

Der Antrag der AfD, dass der Kreis Ausschuss sich beim Bundesverkehrsminister dafür einsetzen soll, dass die vorgesehene Ertüchtigung der Strecke Hagen/Köln-Siegen-Gießen-Hanau Vorrang bekommt, um das Mittelrheintal mittelfristig zu entlasten, wurde mehrheitlich angenommen. Einstimmig ging der Ergänzungsantrag der CDU durch, dass eine alternative Güterverkehrsstrecke nicht zu einer Belastung eines anderen Kreisteils führen dürfe.

Der nun vom Kreistag beschlossene Antrag hat acht Punkte. Im letzten Punkt fordern die Kreistagsmitglieder die hessische Landesregierung und das Bundesverkehrsministerium auf, sich dafür einzusetzen, dass die Machbarkeitsstudie für eine Alternativtrasse so bald wie möglich in Auftrag gegeben wird. Dazu sei es unter anderem nötig, die Kapazität im realen Fahrbetrieb zugrunde zu legen und Belastungen durch Lärm in der Nutzen-Kosten-Untersuchung stärker zu werten.